

Arbeit und Freiheit. Die Revolutionen von 1848

Jürgen Kocka

Es gehört zur Geschichtsmächtigkeit der großen neuzeitlichen Revolutionen, daß sie nach ihrem Ende weiterlebten: in den Köpfen der Menschen, in Erinnerungen und Ritualen, in den politischen Kämpfen der Kinder, Enkel und Urenkel, natürlich auch in den Büchern der Historiker. Erst kurz vor dem *bicentenaire* erklärte François Furet, die Französische Revolution gehe nun endlich zu Ende, reflektierte Distanz könne jetzt den Zwang zur Identifikation und Verabscheuung durchbrechen. Erst in diesem Jahrzehnt kann um die Bedeutung der Russischen Oktoberrevolution auch in dem Land wirklich gestritten werden, in dem sie stattfand: zum Beispiel im symbolischen Konflikt um die Frage, wo die wieder ausgegrabenen Gebeine der letzten Zarenfamilie zu bestatten seien. Die deutsche Revolution von 1918/19 blieb in der Weimarer Republik bitter umstritten. Auf die „Novemberverbrecher“ schimpfte man rechts, und auf der Linken höhnte Tucholsky: „Die deutsche Revolution hat 1918 im Saale stattgefunden.“ Daß die ostdeutsche Revolution von 1989 bisher so wenig Kontroversen um ihre Deutung ausgelöst hat, beunruhigt ein wenig und nährt Zweifel an ihrem revolutionären Charakter¹. Wie war es mit der Revolution von 1848?

1848 im Kaiserreich

Zum 25. Jahrestag fanden 1873 am linken Rand des politischen Spektrums vereinzelt Gedenkfeiern statt, die größte im Friedrichshain bei Berlin. Hier hatte man 1848 256 der über 300 Berliner „Märzgefallenen“ feierlich beigesetzt, getötete Barrikadenkämpfer vom 18./19. März. Das dort geplante Totendenkmal wurde nicht gebaut. Während der fünfziger Jahre waren öffentliche Veranstaltungen an den Gräbern verboten, Absperrungen erschwerten den Zugang selbst für die Angehörigen, und mehrfach hatte man erwogen, die Gebeine der Toten zu verlegen und die Grabstätte zu planieren, um sie „möglichst der Vergessenheit anheim fallen zu lassen“.²

Das unterblieb, in den sechziger Jahren nahm der Spielraum für politische Diskussionen und öffentliche Veranstaltungen wieder zu, und am 18. März 1873, zwei Jahre nach der Reichseinigung, organisierte die Berliner Sozialdemokratie einen eindrucksvollen Demonstrationzug nach Friedrichshain, an dem mehr als 20.000 Menschen teilgenommen haben sollen. Man sang die „Arbeitermarseillaise“, hörte politische Reden, gedachte der „Märzkämpfer“ von 1848, des Volks von Berlin und vor allem der beteiligten Arbeiter. Man rühmte ihren Mut, betrauerte ihr Scheitern und würdigte ihr Opfer. Zugleich gedachte man der Erhebung der Pariser Kommune im März 1871. Hunderte von Kränzen wurden niedergelegt, größtenteils mit roten, bisweilen mit schwarz-rot-goldenen Schleifen. Die Polizei prüfte sie einzeln und schnitt sie ab, wenn sie Inschriften enthielten, die der „Verherrlichung der Revolution“ zu dienen schienen. Es kam zu Zusammenstößen und Verhaftungen.³

In Frankfurt trafen sich vor allem süddeutsche Linksliberale und Demokraten zum 25. Jubiläum der Eröffnung des Vorparlaments am 31. März 1873

und beschworen die Volkssouveränität, die 1848 vergeblich verfochten worden sei. Das Deutsche Reich von 1871 habe die 48er Forderungen nicht eingelöst. Man hoffte auf eine baldige „dritte Reichsverfassung“, wenn auch nicht ausdrücklich auf eine weitere Revolution.⁴

25 Jahre später, am 18. März 1898, debattierte der Reichstag Fragen der Militärstrafgerichtsordnung. August Bebel sprach sich vehement gegen ein Sonderrecht für Offiziere aus. Er sah darin ein Überbleibsel der feudalen Ordnung und erwähnte, wie beiläufig, aber in Wahrheit scharf kalkuliert, daß vor genau fünfzig Jahren in Berlin „der große Kampf“ entbrannt sei, in dem das Volk nicht nur um seine Freiheit, sondern auch um seine bürgerliche Gleichheit kämpfte - schon damals gegen das preußische Junkertum und das von ihm vertretene System. Und, fügte Bebel provozierend hinzu, „das deutsche Bürgertum ist [so] tief gesunken, daß es nicht den Mut besitzt, gegenüber der Anmaßung gewisser Gesellschaftsschichten sein Recht und seine Freiheit zu wahren.“⁵

Daraufhin verlief die Debatte auf zwei Ebenen. Ein Redner nach dem anderen unterbrach seine Ausführungen zur Militärstrafgerichtsbarkeit, um zur fünfzig Jahre zurückliegenden Revolution Stellung zu nehmen, der offiziell überhaupt nicht gedacht werden sollte.

Der Kriegsminister von Goßler sah in den damaligen Ereignissen „eins der traurigsten Blätter in der preußischen Geschichte“. Der konservative Abgeordnete von Puttkamer erklärte, die Revolution von 1848 sei „hauptsächlich von ausländischem Gesindel angezettelt worden, welches unser gutes treues Volk verführt hat, die Waffen gegen seinen König zu heben“. Er meinte wohl Franzosen und Polen. Hätte die Revolution wirklich gesiegt, wäre es den Deutschen ergangen wie 1789 den Franzosen.⁶

Der freikonservative Freiherr von Stumm-Halberg konnte „über die damaligen Straßenkämpfe, über die sog. Märzrevolution nur ein Gefühl der tiefsten Scham empfinden“. Die Straßenkämpfe seien überdies siegreich niedergeschlagen worden, bevor das Heer des Königs freiwillig abgezogen sei. Die preußische Verfassung sei nicht von den Straßenkämpfern erzwungen, sondern ein „freies Geschenk“ des Königs gewesen. Zwischendurch machte Liebermann von Sonnenberg, Abgeordneter der antisemitischen Partei, die Juden für die Revolution verantwortlich.⁷

Zwei linksliberale Abgeordnete widersprachen den konservativen Thesen und verteidigten die Revolution. Sie habe in Preußen die konstitutionelle Ära eingeleitet, und ohne diese wäre es später nicht zur glücklichen Geburt des Deutschen Reichs gekommen. Sie sahen den 18. März als einen „Tag der Trauer an, denn es war ein Tag des Blutvergießens“, zugleich aber als einen „Gedenktag für Deutschland und für Preußen, an den man mit Erhebung zurückdenken muß“⁸.

Bebel, der mehrfach das Wort ergriff, behauptete, daß eine erfolgreiche Nationalstaatsbildung im Sinne der 48er Revolution Bismarck und seine Reichsgründung unnötig gemacht hätte, und damit auch den deutsch-französischen Krieg von 1870/71. Der Nationalliberale von Bennigsen widersprach. Auch wenn die „bürgerliche Klasse“ statt der Fürsten das Regiment übernommen hätte, wäre das Verhältnis zwischen den Völkern nicht friedlicher, nicht brüderlicher geworden. „Der große Kampf gegen Frankreich ... war absolut erforderlich“. Im übrigen habe sich der 18. März mit seinen Straßenkämpfen für das Ziel eines starken, einheitlichen Nationalstaats nur „verhängnisvoll und störend“ ausgewirkt.

Er und seine Freunde bauten dagegen auf der Erinnerung an das Frankfurter Parlament weiter fort, das „zusammengesetzt aus den besten Kräften der ganzen Nation, den ersten ernsthaften Versuch gemacht hat, die Umgestaltung von Deutschland herbeizuführen“.⁹

Die Debatte nahm an Härte und Schärfe zu - „Jahr der Schande“ und „arge Verirrung“ hieß es rechts, von einer niedermetzelnden „Soldateska“ und dem König als „Verräter“ sprach man auf der Linken.¹⁰ Persönliche Angrif-

Richard von Weizsäcker
(Bundespräsident a.D.),
Manfred Bierwisch
(Vizepräsident der BBAW),
Herwig Haase (Präsident
des Abgeordnetenhauses
von Berlin)



fe folgten. Der amtierende Präsident bremste vergeblich. Das „Berliner Tageblatt“ schrieb am nächsten Tag von Szenen, „die zu den erregtesten bisher im Reichstage erlebten gehören“.¹¹ Warum?

Zum Teil verteidigten die Abgeordneten ihre eigene Jugend, in der sie die Revolution selbst miterlebt hatten, in unterschiedlicher Position. Sie setzten die damaligen Kämpfe fort oder rechtfertigten ihren Gesinnungswandel. Doch die Erregung hatte auch allgemeinere Gründe. Im Streit über 1848 ging es um Gewalt und ihre historische Deutung, um

den Sinn von Opfern und ihre Vergeblichkeit, um Krieg und Verfassung, Moral und Politik. Es ging um die Frage, ob es zu diesem Kaiserreich eine bessere Alternative gegeben hätte. Man konfrontierte monarchische Legitimität und Volkssouveränität. Deren Verhältnis blieb in der konstitutionellen Monarchie des Kaiserreichs bekanntlich in der Schwebelage. Trotz der neuen Wende, die Bismarck der deutschen Geschichte gegeben hatte, wirkten die Fronten von 1848/49, wenngleich modifiziert, weiter. In ihnen spiegelten sich innere Konflikte des Kaiserreichs.

Die Erinnerung an die Revolution gehörte nicht zu den Gründungsmythen des Reichs. Anders als die Befreiungskriege von 1813 und die Einigungskriege von 1864-71 wurde die 48er Revolution nicht benutzt, um dem Reich historische Legitimität zu verschaffen. Im Gegenteil, die Erinnerung an 1848 hätte gestört, sie wurde im Kaiserreich marginalisiert. Trat sie öffentlich dennoch hervor, wie im geschilderten Fall, erwies sie sich als hochgradig politisiert, kontrovers und zudem fragmentiert. Denn die einen gedachten vor allem der Volksbewegung - so die Sozialdemokraten regelmäßig am 18. März im Friedrichshain, wo die „Märzgefallenen“ 1848 feierlich beigesetzt worden waren und wo man überdies, ebenfalls immer am 18. März, des Aufstands der Pariser Kommune gedachte. Zahlreiche Liberale zogen dagegen die Paulskirche als Ort der Erinnerung vor. Für die meisten galt weder das eine noch das andere. In den „Buddenbrooks“ und im „Untertan“ tauchte „1848“ auf, das eine Mal als ironisierte Gefahr, das andere Mal als Erinnerung an eine bessere, aber abgeschlagene Alternative, in der Figur des alten Buck. Übrigens spiegelte die Historiographie zur Revolution die politischen Kontroversen der Gegenwart wider. Anderer-

seits erzielte sie bald Ergebnisse, die geeignet gewesen wären, die Fronten zu lockern und die Bilder zu differenzieren. Doch das sollte sich erst später auswirken.¹²

Zwischen den Kriegen

Anders als das Kaiserreich stellte sich die Weimarer Republik bewußt in die Tradition von 1848 und dokumentierte dies in einer großen, offiziellen Gedenkfeier zum 75. Jahrestag, aber nicht am 18. März in Berlin, sondern am 18. Mai in Frankfurt. Edwin Redslob, Reichskunstwart und Demokrat, wußte, wie bitter nötig es war, republikanische Formen staatlicher Repräsentation zu entwickeln. Auf dem Frankfurter Römer und in der Paulskirche sprachen Reichspräsident Ebert und Reichstag-Präsident Löbe (beide SPD). Der parteilose Reichskanzler Cuno sandte eine Grußbotschaft, die Festrede hielt der linksliberale Sozialwissenschaftler Alfred Weber. Für die rechtsliberale DVP meldete sich zustimmend Stresemann zu Wort. Die in den Zeitungen stark beachteten Feierlichkeiten und Reden beschworen einen schwarz-rot-goldenen Konsens. Sie betonten einerseits das nationale Erbe der 48er Revolution, und nutzten es zu Hieben auf die Franzosen - der Ruhrkampf hatte begonnen. Sie zitierten auch das liberale und demokratische Erbe der Revolution und interpretierten den „Volksstaat“ von 1919 als Erfüllung der Forderungen von 1848. Schließlich wurde die Erinnerung an die Volksbewegung und ihren Kampf um „Gleichberechtigung“ nicht ausgeklammert, sondern - jedenfalls von Löbe - mit der Tatsache in Verbindung gebracht, daß mittlerweile eine neue Kraft, die Arbeiterschaft, zu den Trägern des Staates gehöre. Insgesamt wurde deutlich, daß in der Erinnerung an diese Revolution jetzt auch bereits ein gewisses Versöhnungspotential steckte, wenn man denn woll-

te und sich auf den Boden der Republik und ihrer Verfassung stellte. Von der Schärfe des Deutungskonflikts und der Bitterkeit des Kampfs um den historischen Ort der Revolution, so typisch noch für den 50. Jahrestag, war zum 75. wenig zu spüren. Weltkrieg und Revolution hatten die Konstellation verändert, die lebensgeschichtliche Kontinuität war gebrochen.¹³

Aber das öffentliche Interesse blieb sehr begrenzt. Und schaut man genauer hin, differierten die Erinnerungen beträchtlich. Am eindeutigsten identifizierten sich die Linksliberalen. Theodor Heuss hatte die Paulskirche schon im Januar 1919 „seltsam aktuell“ gefunden. „Wenn wir heute staatsrechtlich neu denken sollen, so nehmen wir den Verfassungsentwurf des Jahres 1849 aus der Schublade und buchstabieren dort weiter, wo unsere Großväter aufgehört haben.“¹⁴ Die Sozialdemokraten feierten dagegen doch lieber im Friedrichshain, wo man Ende 1918 auch Opfer der Novemberrevolution beigesezt hatte. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ lobte auch noch 1923 vor allem die Märzkämpfer, während er den fehlenden Mannesmut der Bürger tadelte. Sein Verhältnis zur Paulskirche blieb distanziert. Sie sei ausgegangen „wie das Hornberger Schießen“. Weiter links, zum Beispiel bei der USPD, waren viele mit den Ergebnissen der Novemberrevolution zutiefst unzufrieden, auf sie muß das 48er Revolutionslob schal gewirkt haben. Die katholische „Kölnische Volkszeitung“ feierte dagegen Einheit und Freiheit, fügte ihrem Bild aber zusätzlich großdeutsche Anklänge hinzu. Ihr Bericht hob die Teilnahme österreichischer Abgeordneter an der Frankfurter Erinnerungsfeier hervor. Auch das konnte man schließlich aus 1848 herausholen, wenn man wollte, und nach dem Anschlußverbot von 1919 lag es nahe. Der Rechtsliberale Strese-

mann schließlich beschwor weniger die Kontinuität zwischen 1848 und 1919, als vielmehr den „geraden Weg“ „von dem Tag, an dem im Gasthof 'Zur Tanne' in Jena die deutsche Burschenschaft gegründet wurde, über die Frankfurter Paulskirche zum 18. Januar 1871“. Man sieht, jede Richtung beschwor ihr eigenes 48.¹⁵

Und es gab große politische Lager, die sich bewußt außerhalb stellten. Die Kommunisten schickten zwar Kranz und Abordnung in den Friedrichshain, zum „Gedenken der gefallenen proletarischen Kämpfer“, und zwar am 18. März zwischen 12.30 und 13.30 Uhr. Ab 14.00 Uhr war der Friedhof für die Sozialdemokraten reserviert, sie kamen in großer Zahl. Auf diesen Stundenplan hatte man sich geeinigt, um Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu vermeiden. Im übrigen hielt aber die KPD wie schon Lenin und Luxemburg demonstrative Distanz zur „kleinbürgerlichen“ Revolution von 1848. Man spottete über die Bürgerwehren und geißelte den „Verrat der Bourgeoisie“.¹⁶ Der nationalsozialistische „Völkische Beobachter“ hielt die Frankfurter Erinnerungsfeier für „einen schlechten Witz“ und lobte die bayerische Landesregierung, die als einzige keinen Vertreter entsandt hatte.¹⁷

Die Blätter der deutsch-nationalen Rechten gingen behutsamer mit der Paulskirche um, behutsamer auch als es die Konservativen des Kaiserreichs getan hatten. Selbst über die sozialdemokratische Kranzniederlegung im Friedrichshain durch Paul Löbe berichtete der „Berliner Lokal-Anzeiger“ (Hugenberg-Konzern) mit gewissem Respekt. Aber man wandte die nun nicht mehr in Bausch und Bogen abgelehnte 48er Tradition gegen die Weimarer Republik: „Was in aller Welt haben unsere Novemberverbrecher mit den Märzkämpfern zu tun?“¹⁸ Am Kampf der deutsch-nationalen Reichs-

tags-Fraktion gegen die Farben Schwarz-Rot-Gold zeigte sich ihr Vorbehalt gegen die 48er Tradition sehr deutlich. Bekanntlich durften die Reichswehr, die Handelsschiffahrt und schließlich gewisse deutsche Auslandsvertretungen weiterhin Schwarz-Weiß-Rot flaggen. Die Weimarer Republik hat es nie zu einheitlichen Staatsfarben gebracht.

Insgesamt: Seit 1898 hatte die Integrationskraft der 48er Tradition zugenommen. Die Erinnerung an 1848 blieb jedoch in sich vielfältig, jeder hatte „sein 48“ und instrumentalisierte es ohne Bedenken. Die Erinnerung an die Revolution blieb kontrovers. Wie ein Lackmuspapier spiegelte sie die inneren Fronten der Weimarer Republik.

Die historiographische Erforschung der Revolution machte Fortschritte. Neben den meist nationalliberal bis konservativ eingestellten deutschen Historikern machten sich einzelne linksliberale Autoren bemerkbar. Veit Valentins *Klassiker* erschien 1932.

Während Giuseppe Mazzini, der Theoretiker und Aktivist der italienischen 48er Revolution 1927 von Giovanni Gentile als „Gründer, Vorläufer und Inspiration des Faschismus“ in Anspruch genommen wurde,¹⁹ ist mir ein entsprechender Vereinnahmungsversuch seitens eines nationalsozialistischen Intellektuellen nicht bekannt. Für das nationalsozialistische Geschichtsverständnis war die 48er Revolution marginal. Die Nationalsozialisten ließen an ihrer Ablehnung der Paulskirche, des Parlamentarismus, der sozialen Kämpfe und der Freiheitsvorstellungen von 1848 nicht den geringsten Zweifel. Ein Schulbuch von 1941 verkürzte die Ereignisse von 1848 auf die Darstellung der nationalen Erhebungen im mittleren und östlichen Europa, die überall auf eine Bedrohung der deutschen Volksgruppen und ihrer Rechte hinausgelaufen seien. Gemessen an nationalsozialistischen Kriterien fand am ehesten die großdeutsch-nationale Strömung der 48er

Revolution Zustimmung. Beiläufig stellte Hitler am 31. März 1938 in Frankfurt den Anschluß Österreichs als Vollendung der revolutionären Bewegung von 1848 dar. Und gegenüber Goebbels äußerte er 1940: „Die 48er Demokraten waren großdeutsche Idealisten. Nicht zu vergleichen mit den Novemberdemokraten. Alle [48er] haßten die Dynastien und Österreich, weil es das Reich zerstörte.“²⁰



Auditorium

Nach dem Zweiten Weltkrieg

Zur Hunderjahrfeier 1948 waren die alten Fronten gründlich verblaßt. Die Revolution von 1848 wühlte niemanden mehr unmittelbar auf. Die nationalsozialistische Diktatur, der Zweite Weltkrieg und die unmittelbaren Folgen hatten alte Probleme entwertet, allerdings zwei neue geschaffen, die der Revolution von 1848 wiederum Gegenwartsbedeutung zuwachsen ließen.

Zum einen stellten sich bohrende Fragen nach den Ursachen der „deutschen Katastrophe“ (Meinecke). In deren Licht rückte die 48er Revolution in eine neue Perspektive. Neben manchen anderen deutete Ernst Reuter die Richtung an, die von Publizistik und Geschichtswissenschaft in den

folgenden Jahren immer stärker erkundet wurde. In einem Gedenkartikel sprach er davon, daß die Niederlage in der Revolution von 1848 dem freiheitlichen Bürgertum das Genick gebrochen, Untertanengesinnung befestigt und den Sieg des zunehmend militaristischen Obrigkeitsstaats ermöglicht habe - mit langfristig verhängnisvollen Folgen für die Entwicklung der freiheitlichen Demokratie in Deutschland und mit drückenden Hypotheken bis in die Gegenwart, die es abzutragen gelte. In lebhaftem Pro und Contra und mit viel empirischer Forschung ist diese These vom deutschen „Sonderweg“ 1848-1933 in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer neu diskutiert worden.²¹

Zum anderen stand die Hundertjahrfeier im Zeichen des Kalten Kriegs, besonders hier in Berlin. Er wirkte wie ein Riesenmagnet mit sich gegenseitig abstoßenden und anziehenden Polen, deren Kraftfeld die Argumente neu sortierte. In West und Ost verortete man sich nun entschieden in der Tradition von 1848, beanspruchte sie jeweils für sich und bestritt sie der je anderen Seite. Mit der Ost-West-Konkurrenz um den historisch-moralischen Besitz der Revolution war interne Kritik an ihr nur noch schwer vereinbar. So versickerten im Westen die konservativen und im Osten die kommunistischen Vorbehalte. In West und Ost wurde die 48er Revolution nun eindeutig positiv konnotiert, breit akzeptiert und für die eigene Legitimation beansprucht, zugleich für die vehemente Kritik an der jeweils anderen Seite instrumentalisiert.²²

Entsprechend komplementär entwickelten sich die Bilder und halbierten die Revolution: im Westen der Primat der Freiheit und die Kritik an der Diktatur, im Osten zunächst noch die Betonung der Einheit und die Weiterentwicklung der alten Bourgeoisie-Kritik zur Polemik gegen den Westen. Hier blieb die Nationalversammlung im Zentrum

der Interpretation, an deren Werk das Bonner Grundgesetz anknüpfte, mit der Frankfurter Paulskirche als wichtigstem Erinnerungsort; dort die Volksbewegung zunehmend in klassengeschichtlicher Überspitzung, die Märzgefallenen und ihre Grabstätte als vielfach verwendbarer *lieu de mémoire*. Zur Berufungsinstanz der Kritik an der Diktatur wurde die Erinnerung an 1848 in der DDR nicht, anders als etwa in Ungarn.

Die Sonderweg-These hat viel Forschung angeregt und zur historischen Selbstverständigung der Deutschen beigetragen. Im Lauf der Zeit hat sie sich gründlich verändert. Widerlegt wurde sie nicht. Zur Interpretation der 48er Revolution trägt sie allerdings heute kaum noch etwas bei. Je größer die Distanz zur nationalsozialistischen Zeit, desto geringer die Aussicht, 1848 sub specie 1933 tragfähig zu deuten. Zu bedenken ist auch, daß die Revolution in fast allen europäischen Ländern verlorenging, in denen sie 1848 auftrat. Die Niederlage der Revolution konstituierte keinen deutschen Sonderweg. Die Verknüpfung von 1848 und 1933 ist dünn.

Die konfliktreiche Spannung zwischen den beiden deutschen Geschichtskulturen hat zu vielen Verwerfungen und Einseitigkeiten geführt, aber auch als Konkurrenz produktiv gewirkt, bis ins Jahr des 125. Jubiläums hinein, das Gustav Heinemann nutzte, um in Rastatt, einem Hauptort der Revolution, die Gründung der „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ anzuregen.²³ Aber über die Jahre hat die deutsch-deutsche Konkurrenz unser Bild von 1848 immer weniger geprägt. Seit 1989 ist sie zu Ende.

Länger als ein Jahrhundert hat eine enge Verbindung bestanden zwischen der Deutung der 48er Revolution und großen politisch-moralischen Streitfragen der Zeit. Im sich wandelnden Licht kontroverser Gegenwartsprobleme wandelten sich die strittigen Bilder der Revolution. Ihrer angemessenen

Erkenntnis kam das nicht gerade zugute, ihrer Beachtung in der Öffentlichkeit umso mehr. Im Medium der Debatten über 1848 wurden grundsätzliche Konflikte der jeweiligen Gegenwart ausgetragen.

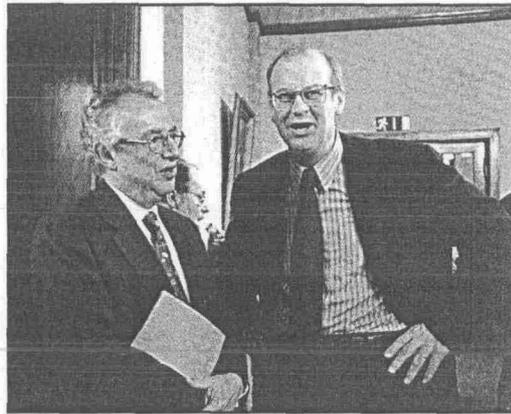
Das scheint jedoch heute vorbei. Weder in der ostdeutschen Revolution von 1989 noch in der Wiedervereinigungspolitik von 1990 wurde legitimierend, sich absetzend oder auch nur warnend auf die 48er Revolution Bezug genommen, wenn ich richtig sehe. Gegenwärtig widmen die Medien dem Ereignis große Aufmerksamkeit. Aber an Kontroversen fehlt es. Niemand reibt sich mehr an dieser Revolution, jedenfalls nicht zur Zeit. Ist sie also als Revolution verbraucht? Ist sie nach gut einem Jahrhundert am Ende, in dem Sinn, in dem Furet nach fast 200 Jahren die - viel epochalere und gewaltsamere - Französische Revolution von 1789 zu Ende gehen sah?

Meines Erachtens spricht viel für diese Annahme, übrigens auch, daß die fachwissenschaftliche Erforschung der 48er Revolution in den letzten Jahrzehnten ungeheure Fortschritte gemacht hat und weiterhin macht. Gerade weil die Deutung der Revolution sich aus den heftigsten moralisch-politischen Kontroversen befreit hat, ist ihre detailgenaue, empirische Untersuchung möglicher und naheliegender geworden als früher. Je komplexer, auch diffuser das Bild der Revolution wird, das die Forschung ergibt, desto weniger läßt es sich politisch-moralisch instrumentalisieren. Je weniger relevant etwas wird, desto genauer können wir es fachhistorisch erkennen.

Welche Ergebnisse der Forschung zeichnen sich ab? Ergeben sich daraus nicht neue Gesichtspunkte, möglichst gar solche, die die Deutung der 48er Revolution gleichzeitig auf allgemeinere Probleme der Gegenwart beziehen, jedoch ohne sie wieder verzerrend zu instrumentalisieren? Ich versuche drei Antworten.

Relativierung der nationalgeschichtlichen Sicht

Die wichtigsten Ergebnisse haben in den letzten Jahren mikrohistorische Studien erbracht, zu einzelnen Bezirken, Dörfern und Städten, zuletzt Hachtmanns Buch zu Berlin.²⁴ In der Konsequenz kompliziert sich das Bild der Revolution, es wird heterogener und vieldeutiger, ja die Revolution löst sich bisweilen auf, außer in den Wahrnehmungen der Zeitgenossen und Nachgeborenen. Die Sozial- und Kulturgeschichte hat



Dieter Simon
(Präsident der BBAW),
Wolf Lepenies
(Direktor des
Wissenschaftskollegs)

Tiefenschichten der Revolution freigelegt, die keine Traditionen stifteten, im Meinungskampf um nationale Geschichtsbilder keine Rolle spielten und lange auch in der Historiographie übersehen wurden: zum Beispiel die bäuerlichen Aufstände als wichtige Antriebskraft der Revolution in den ersten Monaten, zum anderen eine „elementare Revolution“ (Dieter Langewiesche) mit eigener Logik in der Stadt, d. h. Unterschichten-Tumulte und Straßenproteste, die sich an älteren, vor-modernen, vorbürgerlichen Mustern orientierten. Damit hängt zusammen, daß die 48er Revolution heute manchen Historikern stärker als letzter Akt in der Sozialgeschichte des alten Europa denn als Beginn

einer neuen Epoche erscheint. Diese Akzentverschiebung wurde möglich, weil die lange selbstverständliche Dominanz des nationalgeschichtlichen Blicks, der auch noch große Teile der Sozialgeschichte prägte, ins Wanken geriet.²⁵

Eine zweite Konsequenz dieser paradigmatischen Veränderung beginnt sich erst abzuzeichnen: die europäische Öffnung. Natürlich wußte man immer, daß die 48er Revolution nicht nur in Deutschland auftrat, sondern fast gleichzeitig in anderen Teilen Europas. Aber es hängt mit den geschilderten gegenwartspolitisch verankerten Gründen des Interesses an der 48er Revolution zusammen, daß aus diesem Wissen meist keine Konsequenz für Methode und Deutung gezogen wurde. Die Revolution interessierte eben vor allem im nationalgeschichtlichen Rahmen.

Doch neueste Veröffentlichungen scheinen zu zeigen, daß es leichter und interessanter geworden ist, die 48er Revolution - trotz großer Unterschiede von Land zu Land und trotz der unbestreitbaren nationalen, regionalen und lokalen Eigenbewegungen - zugleich als europäisches Phänomen zu erfassen. Gemeinsame Züge treten hervor. Eisenbahn, Telegraph und die Korrespondentennetze der großen Zeitungen ermöglichten die rasche Europäisierung der Revolution, jedenfalls ihrer Wahrnehmung. Nach ihrer Erstreckung war die Revolution von 1848 die europäischste aller Revolutionen zwischen 1789 und 1989. „Revolution, Revolutionsabwehr und Gegenrevolution verbanden Europa zu einer Einheit.“ Nach der Revolution war Europa in höherem Maße ein Kommunikations- und Handlungszusammenhang als vorher, obwohl oder weil die Bildung von Nationalstaaten durch „Staatsvereinigung und Staatstrennung“ fast überall auf dem Programm stand und dies der übernationalen Solidarität der Revolutionäre klare Gren-

zen setzte, sie teilweise gegeneinander aufbrachte. Den gegenrevolutionären Regierungen fiel die übernationale Zusammenarbeit leichter. Die Erfahrung von Gewalt und Krieg war 1848/49 nicht flächendeckend aber europäisch. „Alle Kernlande der Revolution führten 1848 nationalrevolutionäre Einigungs- und Separationskriege“ oder halfen mit, sie niederzuschlagen. Diese Einsicht sollte vor jeder Glorifizierung der Revolution bewahren. Es lohnt sich jedenfalls, im Blick auf Europa den Plural „Revolutionen“ versuchsweise durch den Singular „Revolution“ zu ersetzen. Aus dieser Perspektive war 1848/49 der Anfang, nicht das Ende einer Epoche.²⁶

Übrigens besteht keine Gefahr, daß die Frage der Nation zukünftig aus der Diskussion über 1848 ausgespart würde.²⁷ Das verbieten zum einen die Quellen: Nationalrevolutionen waren zentraler Bestandteil von 1848. Zum andern ist zu erwarten (und zu hoffen), daß sich die Bundesrepublik auch zukünftig ihrer Identität historisch auch durch Bezug auf die 48er Revolution versichern wird. Es gibt, trotz aller Ambivalenzen von 1848, wenig Besseres für diesen Zweck. Aber wissenschaftlich und intellektuell rückt das Thema „Revolution und Nation“ vielleicht doch in die zweite Reihe, gerade weil 1990 ein deutscher Nationalstaat erfolgreich wiedererrichtet wurde und damit Deutschland - insofern - in die europäische Normalität zurückgekehrt ist. Der innere Nationsbildungsprozeß, den die Wiedervereinigung innenpolitisch, sozial und kulturell letztlich darstellt, ist freilich noch lange nicht abgeschlossen.

Scheitern und Erfolg

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die 48er Revolution in tiefen Niederlagen endete. Weder reüssierten die Liberalen und die gemäßigten Demokraten, die einen freiheitlich verfaßten, parlamentarisch mit-

bestimmten, ein Stück weit demokratisierten Nationalstaat mit monarchischer Spitze über friedliche Vereinbarung mit den bisherigen Machträgern zu erreichen hofften und in der Frankfurter Nationalversammlung die Mehrheit stellten; noch gelangten die radikalen Demokraten und Sozialdemokraten an ihr Ziel, die zusätzlich zu den liberalen Forderungen auf Republik, entschiedene Demokratie und soziale Rechte setzten, wenn nötig im offenen Konflikt mit den bisherigen Eliten. Die Beendigung der Revolution mit militärischen Mitteln in Wien und Berlin im Herbst 48, die Zurückweisung der angebotenen Kaiserkrone durch den preußischen König im März 49, der Zerfall von Nationalversammlung und Provisorischer Reichsregierung danach und die blutige Niederschlagung der vor allem in Baden, Sachsen und der Rheinpfalz wieder aufflammenden Revolution im Mai 49 wurden von links bis weit in die Mitte als bittere Niederlagen empfunden. Wie sehr sie das waren, machten die folgenden Jahre klar: die Bestrafung, Maßregelung und Exilierung zahlloser Revolutionsanhänger, die „Reaktion“ auf vielen Gebieten, die sich rasch abzeichnende Verschiebung des politischen Schwerpunkts der Liberalen nach rechts, hin zur „Realpolitik“. Auch die meisten Historiker haben das so gesehen und, vor allem im 20. Jahrhundert, auf die problematischen Langzeitfolgen verwiesen: auf Belastungen für die politische Kultur der Deutschen, ihre Verfassung und die sozialen Machtverhältnisse. Sicherlich hätte sich die deutsche Geschichte freier, demokratischer, bürgergesellschaftlicher entwickelt, wenn das Projekt der Paulskirche gelungen wäre. Diese skeptische Beurteilung - die Betonung des Scheiterns und der belastenden Folgen - gewann nach dem Zweiten Weltkrieg an Boden, besonders seit den sechziger Jahren. Für sie spricht auch weiterhin viel.²⁸

Doch in den letzten Jahren haben Historiker unterschiedlicher Couleur immer häufiger die partiellen Erfolge der Revolution hervorgehoben, die Grenzen ihres Scheiterns: beispielsweise die rasche Abschaffung der Reste feudaler Herrschaft auf dem Lande, die dauerhafte Verankerung einer Verfassung in einem bis dahin vorkonstitutionellen Staat wie Preußen, die rasche rechtliche Gleichstellung der Juden.²⁹ Auch langfristig erscheinen die Folgen nicht nur als belastend. Vom bürgersgesellschaftlichen Mobilisierungsschub der Revolutionsjahre - von dem spontan sich ausbreitenden Vereinswesen, der Inanspruchnahme des



Auditorium

öffentlichen Raums, der Ausformulierung von Ansprüchen und Maßstäben - überlebte so manches die Niederlage von 1849. Das von der heutigen Forschung zu Recht mit Respekt betrachtete Verfassungswerk der Paulskirche hat seine Fernwirkung erst im 20. Jahrhundert entfaltet. Von der billigen Kritik am unpraktisch-ungeschickten „Professorenparlament“ hat man sich mit guten Gründen entfernt.

Insgesamt zeigt sich ein Zugewinn an Ambivalenz, an Historisierung, wohl auch an Angemessenheit. Der Entdämonisierung und Enttheroisierung der Revolutionäre entspricht die Relativierung ihres

Scheiterns - ein Produkt langjähriger Forschung und sich ändernder Sicht aus wachsender zeitlicher Distanz. Nach bald 50 Jahren Bundesrepublik und nach der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung von 1989 muß die Zäsur von 1848 in anderem Licht erscheinen als nach der Katastrophe des Dritten Reichs. Doch es empfiehlt sich, nicht unter der Hand die blutige Niederlage der 48er Revolution in einen Sieg umzudeuten. Es war eine Niederlage.

Arbeit und Freiheit

Es ist problematisch, die Revolution von 1848 als „bürgerliche“ zu etikettieren, wie es häufig geschieht. Nach sozialer Trägerschaft, Zielen und Verlauf bestand auch die deutsche Revolution von 1848 gewissermaßen aus mehreren Revolutionen, zumindest aber aus zwei.

Zum einen war da die teils liberale, teils demokratische Bürgerbewegung, die sich in der rasch ausbreitenden bürgerlichen Öffentlichkeit etablierte, auf dem rasant wachsenden Zeitungsmarkt, in den sich an Zahl multiplizierenden Vereinen, dann vor allem parlamentarisch, in der Paulskirche zumal, mit Einfluß in den gemäßigt liberalen Märzregierungen, die meist bis zum Sommer amtierten und danach schrittweise an Boden verloren. Die liberalen und demokratischen Bürger, oft akademisch gebildet bis intellektuell, mit starker Unterstützung vom damals noch sehr liberalen Wirtschaftsbürgertum und aus anderen sozialen Gruppen, machten Front gegen Kleinstaaterei, bürokratische Gängelung und Zensur, gegen feudale Privilegien und ständische Ungleichheit. Sie setzten sich für Menschen- und Bürgerrechte, für freiheitliche Verfassung, parlamentarische Institutionen und für den Nationalstaat ein sowie - das variierte nun - für mehr oder weniger ausgeprägte Teilhabe des Volkes, über Wahlen, Bildung und soziale Rechte.

Die Auseinandersetzungen zwischen konstitutioneller Monarchie und Republik, zwischen liberal und radikal, zwischen großdeutsch und kleindeutsch fanden hauptsächlich *innerhalb* dieser Bewegung statt.³⁰

Zum andern - stark vereinfacht - war da die Volksbewegung. Auch damals gab es kein homogenes Volk, sondern sehr unterschiedliche Unterschichtgruppen, die oft wenig miteinander zu tun hatten. Entsprechend heterogen stellte sich die revolutionstragende Volksbewegung dar, von der rasch wachsenden Handwerker- und Arbeiterbewegung (zunehmend in Vereinen organisiert) über die vor- oder subproletarische Protest- und Tumultbewegung auf den Straßen der Städte bis zur machtvollen, aber kurzlebigen und in vielem noch anti-feudalen bäuerlichen Aufstandsbewegung in den Dörfern. Vor allem außerhalb der vereinsmäßig organisierten Handwerker- und Arbeiterbewegung war der bürgerliche Einfluß gering.

Um *Freiheit* ging es auch in der Volksbewegung, aber der Begriff bedeutete hier anderes als im Bürgertum. Dort war er auf Verfassung, Gedanken, Sprache und Schrift, auf politische Organisation, sehr stark auf die Einzelnen bezogen, hier dagegen oft kommunitaristisch getönt, auf gemeinsame Freiheit, auf Brüderlichkeit (und Schwesterlichkeit) orientiert und ständisch differenziert. Dort, im Bürgertum, mochte Freiheit auf Wirtschaft bezogen sein, im Sinne von Selbständigkeit und Marktwirtschaft, hier, im Volk, dagegen auf *Arbeit*, oft mit anti-marktwirtschaftlicher, anti-kapitalistischer Spitze, orientiert an älteren Normen der Auskömmlichkeit, der Ehrbarkeit, der gemeinschaftlichen Nutzung von Eigentum, an Prinzipien einer „moral economy“, die noch keine Trennung zwischen Arbeit und Soziabilität, zwischen Wirtschaft, Moral und Politik akzeptierte. Viele, sehr viele Forderungen der Volks-

bewegung hatten mit Arbeit und ihren Ergebnissen zu tun: zentral natürlich, bis in die Sprache und Benennung hinein, in der „Arbeiterverbrüderung“, der ersten Massenorganisation der deutschen Arbeiterbewegung, die 1848 entstand. Aber letztlich ging es auch in den Forderungen der Bauern und anderen Dörfler um Arbeit, nämlich um die Befreiung der Arbeit und ihrer Ergebnisse von grundherrlichen und landesherrlichen Diensten und Abgaben. Und in den Hungertumulten und Straßenprotesten ging es in diesen Jahren mangelnder Nahrung und ausgeprägtesten Arbeitslosigkeit nicht selten um das Recht auf Arbeit, dessen Gewährleistung man nicht vom Markt, sondern von der Obrigkeit einforderte.³¹

Natürlich gab es Brücken zwischen diesen Milieus: gegenseitige Beeinflussungen, Verflechtungen, Überschneidungen. Aber im übrigen kann man sich die kulturelle, mentale und revolutionspraktische Differenz zwischen Bürgerbewegung und Teilen der Volksbewegung gar nicht dramatisch genug vorstellen. Es handelte sich nicht nur um sozialökonomische Interessenunterschiede zwischen Bourgeoisie und Proletariat, die wichtig genug waren und die Revolutionäre in wirtschaftlichen und sozialen Fragen sehr bald trennten. Es handelte sich vielmehr auch um Unterschiede der Lebensführung und des Politikverständnisses.

Kürzlich hat Charlotte Tacke die Feste der Revolution in Baden und in der Toskana studiert. Bürger und Volk feierten häufig zusammen, auf gemeinsamen Festzügen, auf großen Festversammlungen, rund um die rasch errichteten Freiheitsbäume. Schwarz-rot-goldene Farben prangten klassen- und schichtübergreifend. Jedoch wurden, das zeigt der genaue Blick, Ritual und Symbolik in der volkstümlichen und in der bürgerlichen Festkultur in sehr

unterschiedlicher, gegensätzlicher Weise ausgefüllt. Die jungen Burschen der städtischen oder ländlichen Unterschichten feierten abends oder nachts, die Bürger in der Regel tagsüber, es sei denn beim Fackelzug. Jene sangen „geräuschvoll“, störten die Ruhe, schrien und lärmten; diese sangen harmonische Lieder, defilierten hinter Musikgruppen her oder verhielten sich ruhig. Jene schossen mit Pistolen um sich, diese setzten wohldosiert an der richtigen Stelle Kanonenschüsse ein. Die Burschen rügten und tadelten, die Bürger sprachen Toasts auf verdienstvolle Männer. Jene veranstalteten Katzenmusiken, diese gaben Ständchen. Die Burschen provozierten durch spontane Unordnung, Lärm und Sachbeschädigung, die Bürger setzten al-

Jürgen Kocka,
Hans G. Hanneken
(Präsidentsekretär der
Akademie der Künste),
György Konrád



les auf die Ordnung ihres Festes. Bei bürgerlichen Festen dienten die Damen wohlgekleidet als Schmuck und Symbol der Ordnung, bei politischen Festen hatten sie nichts zu suchen. Dagegen wirkten Frauen der Unterschicht an den volkstümlichen Aktionen der „Straßenpolitik“ kräftig mit. Die bürgerliche Kultur akzeptierte das Gewaltmonopol des Staates im Prinzip, „kleine Gewalt“ war dagegen im plebejischen Alltag nicht selten.³²

Die damalige Gesellschaft zeigt sich hochgradig fragmentiert, die interessenmäßige und kulturelle Distanz ausgeprägt. Das war der Hintergrund für die mißtrauische Fremdheit der Volksbewegungen gegenüber der parlamen-

tarischen Arbeit der Bürger einerseits und für deren teils überlegene, teils ängstliche Wahrnehmung des Pöbels andererseits. An Arbeitern und Bauern fehlte es bekanntlich in der Paulskirche. Umgekehrt belegen die privaten Briefe und öffentlichen Reden auch gutwilliger Akademiker, wie sich ihre Irritation über die drohende Unordnung, die begriffslose Unverständlichkeit des Volkes, schließlich ihre Furcht vor dem Chaos und der „roten Republik“ schrittweise steigerten, zwischen März und Herbst 1848, hier in Berlin wie anderswo auch.³³

Es erstaunt, daß diese unterschiedlichen Bewegungen überhaupt zeitweise zusammenfanden, sich vereinbaren konnten. Doch dies war ja die Bedingung der Revolution, so begann sie. Sie entstand nicht - oder kaum - aus dem Drängen der Liberalen auf Verfassungs- und Gesellschaftsreform, obwohl dieses Drängen in den 40er Jahren an Stoßkraft gewann. Im Grunde wollten die Liberalen keine Revolution. Die Erinnerung an die Radikalisierung der Französischen Revolution von 1789 wirkte nach. Die 48er Revolution entstand vielmehr aus einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Krise, zu der die Krise der Arbeit entscheidend gehörte - angesichts schnellen ökonomischen Strukturwandels, rasanten Bevölkerungswachstums, verbreiteter Armut und grassierender Unterbeschäftigung. Diese Krise des Vormärz traf Teile des Volkes sehr viel härter als die bürgerliche Mittelschicht, und es hing letztlich mit dieser Krise zusammen, daß eine explosive Stimmung entstand, in der die Nachricht vom gelungenen Februar-Aufstand in Paris auch östlich des Rheins die Revolution in Gang setzen konnte.³⁴

Nur mit dem Rückenwind der revolutionären Volksbewegung, die am blutigen 18. März in Berlin einen Höhepunkt erreichte, kamen dann, in den folgenden Tagen, die liberalen, reformbegierigen Bürger an die

Macht, an einen Teil der Macht allerdings nur. Umgekehrt brauchte die sich entfaltende Volksbewegung die Überführung ihrer Energie in Programme und Institutionen, um nachhaltig wirken zu können. Das konnte sie zunächst nicht allein. Nur soweit es gelang, die um Arbeit zentrierten Proteste der einen mit den auf Freiheit orientierten Forderungen der anderen zu vereinbaren, gelang die Revolution.

Doch auf beiden Seiten verstanden nur wenige diesen Zusammenhang. Und die auseinandertreibenden Erfahrungen, die divergierenden Interessen, die kaum kompatiblen Politikformen erwiesen sich in der



Hans G. Hannesen,
Richard und Marianne
von Weizsäcker

Folge als übermächtig. Die Monate von April bis Herbst 1848 lassen sich als Geschichte der Entfremdung der beiden Bewegungen darstellen. Vom Herbst 48 bis zum April 49 tagte dann die Frankfurter Nationalversammlung auf einer stark abgeschwächten populären Basis; dem preußischen König fiel es deshalb leicht, ihr forderndes Angebot der Kaiserkrone zurückzuweisen. Die Nationalversammlung zerfiel. Als Antwort darauf kam es im Mai 49 zu einer letzten Welle von Volksaufständen. Doch ihnen fehlte jetzt die zentrale Institution, die ihren Impuls hätte umsetzen können. Sie unterlagen.

Man kann also die deutsche Revolution von 1848 weder allein in der Paulskirche noch allein im Friedrichshain angemessen erinnern. Beides gehört zusammen. Im übrigen, es gab im dezentralen Deutschland mehrere Zentren und Regionen der Revolution, mit jeweils anderen Traditionen. Ein ideenpolitischer Höhepunkt im Prozeß der Entfremdung zwischen liberaler Reformpolitik und Volksbewegung fiel übrigens auf den 8. und 9. Februar 1849, als die Frankfurter Nationalversammlung über das „Recht auf Arbeit“ debattierte.³⁵ Der „Congreß deutscher Handwerker- und Arbeitervereine“ in Berlin hatte es gefordert, zumindest aber Arbeiterschutz und Arbeitslosenversicherung. Die Begründungen klingen bekannt: Das nackte Dasein müsse gesichert werden. Man gebe besser Arbeit als Almosen. Der soziale Friede sei sonst gefährdet. Man wolle keine „Löwengesellschaft“. Die liberale Mehrheit der Nationalversammlung lehnte jedoch ab, auch sie mit bekannt klingenden Argumenten: Die Kosten würden zu hoch. Der Staat dürfe den Unternehmen keine unerwünschte Konkurrenz machen. Das freie Spiel der Kräfte dürfe nicht gestört werden, dann werde das Kapital von selbst für Arbeit sorgen.

Jede schlichte Parallelisierung mit heute verbietet sich. Man versteht rückblickend sehr gut, warum die Kodifizierung eines „Rechts auf Arbeit“ unterblieb und vermutlich unterbleiben mußte. Doch der schwierige Zusammenhang zwischen freiheitlicher Verfassung und sozialem Zusammenhalt ist ein Dauerproblem moderner Gesellschaften. 1848/49 gelang es nicht, ihn zu sichern. Nicht zuletzt daran scheiterte die Revolution. Auch deshalb verdient sie unser Interesse.

- ¹ Über Revolution als historisches Phänomen vgl. einführend Reinhart Koselleks Beiträge zum Art. „Revolution“, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 653-56, 689-787. - François Furet, *Penser la Révolution Française* (1978); dt.: *1789 - Jenseits des Mythos*, Hamburg 1989, S. 8-96, bes. 18-19; es widersprach: Marie Laurence Netter, *La révolution n'est pas terminée*, Paris 1989. - Das Tucholsky-Zitat nach Werner Bramke, *Ungleiches im Vergleich. Revolution und Gegenrevolution in den deutschen Revolutionen von 1918/19 und 1989*, in: Matthias Middell (Hg.), *Widerstände gegen Revolutionen 1789-1989*, Leipzig 1994, pp. 263-79. - Zur Revolution von 1989/90 in der DDR Jürgen Kocka, *Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart*, Göttingen 1995, S. 9-43.
- ² So der zuständige Polizeipräsident 1857 nach Heike Abraham, *Der Friedrichshain. Die Geschichte eines Berliner Parks von 1840 bis zur Gegenwart*, Berlin (Ost) 1988, S. 24.
- ³ Ebd., S. 25 f.; Franzjörg Baumgart, *Die verdrängte Revolution. Darstellung und Bewertung der Revolution von 1848 in der deutschen Geschichtsschreibung vor dem Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1976, S. 115 f.; Beatrix Bouvier, *Zur Tradition von 1848 im Sozialismus*, in: Dieter Dowe u.a. (Hg.), *Europa 1848. Revolution und Reform*, Bonn 1998, S. 1169-1200, bes. 1182 f.
- ⁴ Andere Märzfeiern fanden 1873 in Stuttgart, Reutlingen und Tübingen statt. Vgl. Baumgart (wie Anm. 3), S. 112-115; Manfred Hettling, *Nachmärz und Kaiserreich*, in: Christof Dipper u. Ulrich Speck (Hg.) *1848. Revolution in Deutschland*, Frankfurt/M. 1998, S. 11-24, bes. 19. f. - O. Hörth, *Gedenkfeiern 1873, 1898, 1923*, Frankfurt/M. 1925.
- ⁵ *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags*, IX. Leg. Per., 64. Sitzg., 18. März 1898, S. 1585.
- ⁶ Ebd., S. 1585, 1591, 1604.
- ⁷ Ebd., S. 1598 f., 1608.
- ⁸ Ebd., S. 1594 f., 1599 (August Carl Munckel und Hermann Albrecht Beckh von der Deutschen Freisinnigen Volkspartei).
- ⁹ Ebd., S.1600, 1606f.
- ¹⁰ Ebd., S. 1600, 1601, 1604, 1605.
- ¹¹ *Berliner Tageblatt* Nr. 142 v. 19.3. 1848: „Der 18. März vor dem Reichstage“. Ich danke Gunter Heinickel und Jochen Lippstreu für die Sammlung von Material.
- ¹² Vgl. Manfred Hettling, *Totenkult statt Revolution. 1848 und seine Opfer*, Frankfurt/M. 1998, bes. S. 188-198; ders., *Nachmärz* (wie Anm. 4), S. 22 f.; Thomas Mergel, *Sozialmoralische Milieus und Revolutionsgeschichtsschreibung*, in: Christian Jansen u. Thomas Mergel (Hg.), *Revolutionen von 1848/49. Erfahrung - Verarbeitung - Deutung*, Göttingen 1998, S. 247-267; Baumgart (wie Anm. 3), bes. S. 120 ff.

- ¹³ Nach Berliner Tageblatt Nr. 232 v. 19.5. 1923. Alfred Weber, Festrede zur 75. Wiederkehr der Eröffnung des Ersten Deutschen Parlamentes. Gehalten in der Paulskirche am 18. Mai 1923, Frankfurt/M. 1923.
- ¹⁴ Veit Valentin, Geschichte der deutschen Revolution von 1848-1849, Bd. 2 (1932), Köln 1970, S. 605.
- ¹⁵ Zur Sozialdemokratie: Vorwärts, 18.5.1923; sowie Dieter Rebentisch, Friedrich Ebert und die Paulskirche. Die Weimarer Demokratie und die 75-Jahrfeier der 1848er Revolution, Heidelberg 1998. - Kölnische Volkszeitung, 18.5.1923 (1. Morgenausgabe): „Zur Gedenkfeier in der Paulskirche“. - Gustav Stresemann schrieb im Berliner Tageblatt v. 19.5.1923
- ¹⁶ Rote Fahne Nr. 65 v. 17.3.1923; Berliner Lokal-Anzeiger v. 19.3.1923 (Sonderausgabe): „Die Märzfeiern in Berlin. Echte oder unechte Begeisterung? - Getrennte Feiern auf dem Friedhof“. - Weiter: Robert Gildea, Mythen der Revolutionen von 1848, in: Dieter Dowe u.a. (Hg.), Europa 1848. Revolution Reform, Bonn 1998, S. 1201-1233, hier S. 1215-1217.
- ¹⁷ Völkischer Beobachter, 20./21.5.1923: „Auch eine Gedenkfeier“. Die bayerische Regierung wurde von der Bayerischen Volkspartei gestellt. Ministerpräsident war Eugen von Knilling.
- ¹⁸ Berliner Lokal-Anzeiger, 19.3.1923 (Sonderausgabe).
- ¹⁹ Gildea, Mythen (wie Anm. 16), S. 1223.
- ²⁰ Geschichtsbuch für die deutsche Jugend von B. Kumsteller u. a. Klasse 8. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig 1941, S. 4 f. Im übrigen nach Martin Vogt, Weimar und die NS-Zeit, in: Christof Dipper u. Ulrich Speck (Hg.) 1848. Revolution in Deutschland, Frankfurt/M. 1998, S 25-34, bes. S. 31 f.
- ²¹ Ernst Reuters Beitrag im „Sozialdemokrat“ Nr. v. 17.3.1948 und seine Ansprache im RIAS zur 100. Wiederkehr des 18. März 1848 in: Ernst Reuter, Schriften. Reden, hg. v. H. E. Hirschfeld u.a., Berlin (West) 1974, Bd. 3, S. 359-367. Zur Debatte über den „deutschen Sonderweg“, vgl. Jürgen Kocka, Ende des deutschen Sonderwegs? In: Wolfgang Ruppert (Hg.), „Deutschland bleiche Mutter“ oder „Eine neue Lust an der nationalen Identität?“, Berlin 1992, S. 9-31.
- ²² Zu den getrennten Massenveranstaltungen in West-Berlin am Platz der Republik mit Ernst Reuter und in Ost-Berlin (Gendarmenmarkt und Friedrichshain mit Wilhelm Pieck) sowie als Skizze der Entwicklung im Folgenden: Edgar Wolfrum, Bundesrepublik Deutschland und der DDR, in: Ch. Dipper u. U. Speck (Hg.), 1848. Revolution in Deutschland, Frankfurt/M. 1998, S. 35-49. Auch Hermann Rudolph, Tag der Einheit - Tag der Spaltung, in: Tagespiegel v. 1.3.1998, S. 3.
- ²³ Gustav Heinemann, Die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte (Ansprache des Bundespräsidenten zur Eröffnung der Erinnerungsstätte in Rastatt am 26.6.1974), in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 78 v. 28.6.1974.

- ²⁴ Rüdiger Hachtmann, Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997.
- ²⁵ Viele gute Beispiele in: Christian Jansen u. Thomas Mergel (Hg.), Die Revolutionen von 1848/49. Erfahrung - Verarbeitung - Deutung, Göttingen 1998, darin die Einleitung der Hg. (S. 7-13) sowie Jonathan Sperber, Eine alte Revolution in neuer Zeit. 1848/49 in europäischer Perspektive (S. 14-36).
- ²⁶ Vgl. Dieter Dowe u.a. (Hg.), Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, darin: Heinz-Gerhard Haupt u. Dieter Langewiesche, Die Revolution in Europa 1848 (S. 11-42, bes. 12, 13, 22, f. die obigen Zitate). Gelungen auch Wolfgang Hardtwig (Hg.), Revolution in Deutschland und Europa 1848/49, Göttingen 1998, darin vor allem: Hartmut Kaelble, 1848: Viele nationale Revolutionen oder eine europäische Revolution? (S. 260-78). Weiterhin Dieter Langewiesche (Hg.), Demokratiebewegung und Revolution 1847 bis 1849. Internationale Aspekte und europäische Verbindungen, Karlsruhe 1998; Freiheit, schöner Götterfunken! Europa und die Revolution 1848/49 (= Zeit Punkte 1/98), Hamburg 1998.
- ²⁷ In allen jüngst erschienenen Gesamtdarstellungen und Sammelbänden wird die Nationalstaatsproblematik in der Revolution von 1848/49 ausführlich behandelt. Eine knappe Zusammenfassung für Deutschland: Wolfgang J. Mommsen, Die nationale Frage in der Revolution von 1848/49, in: Blätter für deutsche und internationale Politik März 1998, S. 348-58
- ²⁸ Vgl. z. B. Eric J. Hobsbawm, Die Blütezeit des Kapitals. Eine Kulturgeschichte der Jahre 1848-1875, München 1977, S. 21-41; Dieter Langewiesche, Europa zwischen Restauration und Revolution 1815-1849, München 1985, bes. S. 98 ff.; Wolfram Siemann, Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt/M. 1983. Eine Auswahl von Deutungen bis 1980: Dieter Langewiesche (Hg.), Die Deutsche Revolution von 1848/49, Darmstadt 1983. Derselbe Autor gibt ausführliche Überblicke über Forschungsstand und Forschungsperspektiven in: Archiv für Sozialgeschichte 21, 1981, S. 458-98; sowie ebd. 31, 1991, S. 331-443.
- ²⁹ Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2, München 1987, S. 759-784; Haupt/Langewiesche, Die Revolution in Europa 1848 (wie Anm. 26), S. 28-40; Dieter Hein, Die Revolution von 1848/49, München 1998. - Sehr differenzierte Bilanz zur deutschen Entwicklung zuletzt bei: Dieter Langewiesche, Revolution in Deutschland. Verfassungsstaat - Nationalstaat - Gesellschaftsreform, in: Dowe u. a. (Hg.), Europa (wie Anm. 26).
- ³⁰ Die bürgerlich-liberale Seite der Revolution wird nunmehr nuanciert und mit viel Verständnis in der Gesamtdarstellung von Wolfgang J. Mommsen behandelt, zugleich als Einführung in die breite Literatur: 1848. Die ungewolte Revolution. Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830-1849, Frankfurt/M. 1998. Eine weiterführende Spezialuntersuchung: Heinrich Best, Die Männer von Bildung und Besitz. Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich 1848/49, Düsseldorf 1990; ders., Bio-

graphisches Handbuch der Abgeordneten Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1996.

- ³¹ Wieder ist die einschlägige Literatur kaum noch zu übersehen. Einen guten Zugang bieten die Beiträge von Rüdiger Hachtmann, Christof Dipper, Heinz-Gerhard Haupt/Friedrich Lenger und Manfred Gailus in Dowe u.a. (Hg.), *Europa 1848* (wie Anm. 26), S. 455-92, 555-86, 815-40 und 1021-44; sowie die *Essays in Christof Dipper und Ulrich Speck (Hg.), 1848. Revolution in Deutschland*, Frankfurt/M. 1998, Kap. III u. IV sowie S. 401-419. Siehe auch bes. Manfred Gailus, *Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens, 1847-1849*, Göttingen 1990.
- ³² Charlotte Tacke, *Feste der Revolution in Deutschland und Italien*, in: Dowe u.a. (Hg.), *Europa 1848* (wie Anm. 26), S. 1045-88, bes. 1085.
- ³³ Man sieht das sehr genau an den Briefen von Mitgliedern der Preußischen Akademie der Wissenschaften aus jener Zeit. Vgl. etwa Devantiev, zur Erinnerung an Friedrich Adolf Trendelenburg, Eutin 1902, S. 35-46: Briefe der Gattin des Berliner Philologen und Philosophen an Verwandte. C. Nettenius, *Alexander Brauns Leben nach seinem Nachlaß 1882*, S. 408-419 (Braun war 1848/49 Botanikprofessor in Freiburg und ab 1851 Mitglied der Preußischen Akademie).
- ³⁴ Vgl. etwa Jürgen Bergmann, *Ökonomische Voraussetzungen der Revolution von 1848. Zur Krise von 1845 bis 1848 in Deutschland*, in: ders. u. a. (Hg.), *Geschichte als politische Wissenschaft*, Stuttgart 1979, S. 24-54; ders., *Wirtschaftskrise und Revolution. Handwerker und Arbeiter 1848/49*, Stuttgart 1986; jetzt vor allem Helge Berger u. Mark Spoerer, *Nicht Ideen, sondern Hunger? Wirtschaftliche Entwicklungen in Vormärz und Revolution 1848 in Deutschland und Europa*, in: Langewiesche (Hg.), *Demokratiebewegung* (wie Anm. 26), S. 140-184.
- ³⁵ Franz Wigard (Hg.), *Reden für die deutsche Nation 1848/1849. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main*, Bd. 7, Frankfurt/M. 1849, S. 5100-5136, bes. 5101, 5103, 5104-07, 5110 f., 5114. Vgl. Wolfram Siemann, *Wirtschaftsliberalismus 1848/9 zwischen Sozialverpflichtung und Konkurrenzprinzip. Zur Debatte über das Recht auf Arbeit in der Paulskirche* in: Horst Rabe u.a. (Hg.), *Festgabe für Ernst Walter Zeden zum 60. Geburtstag am 14. Mai 1976*, Münster 1976, S. 407-432. - Zur viel größeren Bedeutung des „Rechts auf Arbeit“ (und der Nationalwerkstätten) 1848 in Frankreich vgl. Giovanna Procacci, *Die Revolution überleben oder ihr zuvorkommen? Staatliche Strategien im Verlauf der Krise von 1848*, in: Dowe u.a. (Hg.) *Europa 1848* (wie Anm. 26), S. 671-700. Allgemein: Rudolf Singer, *Das Recht auf Arbeit in geschichtlicher Darstellung*, Jena 1895; Dieter Schwab, *Arbeit und Eigentum. Zur Theorie ökonomischer Grundrechte im 19. Jahrhundert* in: *Quaderni Fiorentini* 3-4, 1974/75, S. 509-56.